



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Am zweiten Jahrestag der Schlacht von Königgrätz.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Am zweiten Jahrestag der Schlacht von Königgrätz.

× „Nicht rühmen kann ich, nicht verdammen, untröstlich ist's noch allerwärts, doch sah ich manches Auge flammen und klopfen hört ich manches Herz.“ Mit diesem Wort tiefbewegter Klage schloß Uhland das Lied, welches der dritten Wiederkehr des Tages von Leipzig galt. Uns, die wir heute den Jahrestag der Schlacht begehen, welche den zweiten deutschen Befreiungskrieg entschied, uns wird nahe liegen, an dem Maßstabe dieses Wortes zu prüfen, wie die beiden Jahre, welche den 3. Juli 1866 vom heutigen Tage trennen, benützt worden sind und ob wir zu „rühmen“ oder zu „verdammen“ haben, wenn wir auf die jüngste Phase deutscher Entwicklung zurückblicken.

Als sich der Pulverdampf des letzten Krieges verzogen hatte, waren es vornehmlich zwei Fragen, welche denen gegenüberstanden, die sich für die Consolidation der neugeschaffenen Verhältnisse mitverantwortlich wußten: „Was wird aus dem Süden?“ und „Wie wird sich das Verhältniß der preussischen Regierung zu der großen liberalen Partei gestalten, welche die öffentliche Meinung Norddeutschlands wesentlich vertritt?“ Für die Gegner stellte die Frage sich anders; die überhaupt wußten, was sie wollten, blickten über den Rhein und fragten nach dem Termin für die französische Intervention, welche ihnen unausbleiblich schien. Der Anspruch auf französischen Schutz für die durch den ersten Napoleon geschaffenen kleinen Souverainitäten gehört ja von Alters her zu den „Grundrechten“ des deutschen Particularismus.

Liegt auf die Frage, welche das Herz des deutschen Volks damals zu Hoffnung und Furcht bewegten, heute eine Antwort vor oder sind wir dazu verurtheilt, 1868 weiter zu conjecturiren, wie wir es 1866 gethan? Sehen wir die Dinge rein äußerlich an, so muß die Antwort zweifelhaft erscheinen. Es ist in jeder Beziehung anders gekommen, als damals erwartet und berechnet worden. Alles mögliche hatte man in Rechnung gezogen, — nur ein Moment nicht: jene vis inertiae, die in Augenblicken der Erregung regelmäßig übersehen wird und ihr Recht doch jedesmal geltend macht, wenn

das Maß menschlicher Kräfte wieder auf sein gewöhnliches Niveau zurückgesunken ist. Weder hat es der Süden über sich gewinnen können, aus der prekären Lage herauszutreten, in welche er durch die Auflösung des alten Bundes gerathen war und welche schon am ersten Tage für unhaltbar galt, noch läßt sich behaupten, daß das Verhältniß des norddeutschen Liberalismus zu der Siegerin von Königgrätz ein abgeklärtes und feststehendes geworden sei. Selbst die Franzosen, denen gewaltsame Entschließungen sonst leichter werden als uns, selbst die Franzosen sind über das Verhältniß, das sie zu dem neuen Deutschland einnehmen sollen, noch nicht schlüssig geworden. Sie stehen noch immer mit gekreuzten Armen an der Brücke von Kehl still und harren der Dinge, die da kommen sollen.

Daß 1866 auf die längere Dauer von Provisorien so unhaltbarer Art nicht gerechnet worden, ist schon aus der Stimmung erklärlich, welche damals herrschte. Der Tag, an welchem sich der Umschwung dieser Stimmung vollzog, läßt sich aber noch heute ziemlich genau bestimmen. Es war der Tag von Luxemburg. Nicht als ob wir ein wirkliches Gewicht auf diesen Fezzen Landes legten, der dem Particularismus zum stammverwandten erst geworden, nachdem er von den preußischen Garnisonen geräumt ward. Längnen aber läßt sich nicht, daß Preußens Entschluß, die Pforten des Krieges um Luxemburgs willen nicht noch einmal zu öffnen, in und außerhalb Deutschlands von nachhaltigem Einfluß gewesen und mit dem Zeitpunkt der Ernüchterung zusammengetroffen ist, welche der Geschichte des letzten Jahres ihr spezifisches Gepräge aufgedrückt hat. Trotz des Erfolges, den die Freunde der nationalen Sache beim Schluß des constituirenden Reichstags aufzuweisen hatten, war die Stimmung schon beim Auseinandergehen desselben von der des Eröffnungstages gründlich verschieden. Die Ereignisse, welche dann folgten, waren nicht dazu angethan, die großen Leidenschaften neu anzufachen, welche die Deutschen während des Winters 1866—67 bewegt hatten. Stete Furcht vor neuen kriegerischen Verwickelungen lähmte Handel und Verkehr, die überdies unter den Wirkungen einer ziemlich allgemeinen Mißernte zu leiden hatten; in Frankreich machte die Unzufriedenheit mit der auch in Mexiko gedemüthigten Regierung so reißende Fortschritte, daß die Beschwichtigung der inneren Gährung durch einen auswärtigen Krieg mehr wie wahrscheinlich wurde. Dazu kam, daß die von der Organisation des neuen Bundes und seiner Armee in Anspruch genommenen Opfer größer waren, als man irgend erwartet hatte, und daß die Säckel der Steuerzahler gerade in einem Augenblick allgemeiner Geschäftsstockung zum erstenmale für den Bund in Anspruch genommen werden mußten. In den kleinen Bundesstaaten stellte man unliebsame Vergleiche zwischen den Abgabequoten von sonst und jetzt an, in den neupreußischen Ländern war des berechtigten und unberechtigten Murrens über die neuen administrativen

Einrichtungen kein Ende, in den alten Provinzen wurde in unerquicklichster Weise zwischen Fortschrittsmännern und Nationalliberalen parlamentirt und gehadert. Dann kamen die Tage des salzburger Kaiserbesuchs, die Kämpfe um die Erneuerung des Zollvereins, die parlamentarischen Debatten der Baiern und Würtemberger über die Allianzverträge, die Wochen allgemeiner Spannung auf den drohenden italienisch-französischen Conflict, die periodisch wiederkehrenden Gerüchte von einer französischen Einmischung in die Verhandlungen um Nordschleswig.

An Gründen zur Depression mangelte es überhaupt nicht. In Sachen des neuen Bundes machte man namentlich außerhalb Preußens die Erfahrung, daß die mangelhafte Ausbildung der Exekutivorgane der Ausführung vieler Bundesbeschlüsse hemmend in den Weg trat und daß die wichtigsten neuen Gesetze durch Einfälle und Gewohnheiten kleinstaatlicher Beamten reformirt und modificirt wurden. Die Neuheit der gegebenen Verhältnisse bedingte ferner eine rücksichtsvolle Zartheit des Bundespräsidiums gegen die verbündeten Regierungen und Höfe, welche zu der Rücksichtslosigkeit dieser in eben so peinlichem Contrast stand, wie zu der Entschiedenheit, mit welcher Volkswünsche für bundesmäßige Intervention in inneren Fragen abgewiesen wurden. Endlich wurde das Verhältniß des Bundeskanzlers zur national-liberalen Reichstagspartei, das bis dazu ein mindestens erträgliches gewesen war, im April d. J. ernstlich getrübt und als der Bundesrath dem Miquelsche Amendement zu § 17 seine Zustimmung versagte, konnte der Particularismus jubelnd den Beginn eines neuen Conflicts verkünden.

Wenige Wochen später trat das Zollparlament zusammen, auf welches die Freunde der nationalen Sache die Hoffnungen gesetzt hatten, die bis dazu unerfüllt geblieben waren. Das Resultat ist gewesen, daß die von den Verträgen bezeichnete Linie nicht um eines Haares Breite überschritten ist und den Vertretern des Südens dennoch für die äußerste Grenze der dem Einigungsbedürfniß zu machenden Concessionen gilt. Nur der Eifersucht und dem kleinlichen Mißtrauen, welches die bloß in ihrem Gegensatz gegen den Norden festgeschlossene süddeutsche Opposition zersplitterte, hatte man es zu danken, daß die deutsche Frage nicht durch Constituirung eines selbständigen Südbundes in antinationalen Sinne ihre Lösung fand.

So scheint die Geschichte der letzten Jahre ein Abbild desselben Entwicklungsganges zu bieten, den die Deutschen in der Zeit nach der großen Erhebung von 1813 durchmachten: hochgespannte Hoffnungen und Erwartungen, die sich zu kleinlicher Zerfahrenheit und eigensinniger Selbstgenügsamkeit ebbten, sobald die durch frisches Siegesgefühl erzeugte Begeisterung verflogen ist. Denn weder läßt sich behaupten, daß die Regierung, welche an der Spitze des neuen Bundes steht, beständige Fühlung mit den Führern des

Volk's behalten hätte, noch daß die Opferbereitschaft der kleinen Staaten und ihrer Höfe zugenommen hat, noch daß von den Schranken, welche der Krieg von 1866 bestehen ließ, eine gefallen ist. „Doch sah ich manches Auge flammen und klopfen hört' ich manches Herz“, ist heute wie damals der Trost derer, welche ihre Hoffnungen für die Einigung des Vaterlandes auf das „unabweisliche“ Verständigungs- und Einigungsbedürfniß der Nation gründen.

Wenn wir keine anderen Gesichtspunkte für die Beurtheilung der Situation hätten, als diese, es stünde schlimm mit unseren Aussichten in die Zukunft. Daß diese Zukunft aber nicht von den wechselnden Strömungen des Tages abhängig ist, — das ist's wofür das Jahr 1866, wofür der Tag von Königgrätz uns ein für allemal Bürgschaft geleistet hat. Nicht darauf kommt es an, daß der nationale Gedanke die leitende Stimmung des Volkes ist, sondern darauf, daß hinter diesem Gedanken ein starker Wille, eine reale Macht steht, an welche sich im entscheidenden Augenblick diejenigen anlehnen können, welche nicht nur überhaupt, sondern immer wissen, was sie wollen. Deutlicher wie irgend ein anderer Abschnitt der deutschen Geschichte hat der jüngste gezeigt, was der Besitz einer solchen Macht werth ist, selbst für diejenigen, welche ihn thöricht oder böswillig bekämpfen.

Der auf tausend verschiedene Punkte zersplitterte Kampf der deutschen Parteien hat sich seit 1866 um die eine Frage concentrirt: für Preußen oder wider Preußen. So leidenschaftlich Radicale und Conservative des Südens auch bemüht sind, die gesamtdeutsche Bedeutung des Tages von Königgrätz zu leugnen und die Stiftung des neuen Bundes als bloße Erweiterung der preussischen Machtsphäre herabzusetzen, — ihr gesamtes öffentliches Leben bewegt sich nur noch um die Entscheidung darüber, ob auf der im Norden gewonnenen Grundlage fortzubauen ist oder nicht, alle anderen Unterschiede sind verblaßt, der Mann, der im politischen Leben mitreden will, wird nur noch darnach gefragt, ob er für oder wider Preußen ist. Jene grenzenlose Verwirrung der Begriffe, welche von 1859 bis 1866 ihr Wesen trieb und täglich neue Blasen warf, die gestern schwarz-roth, heute schwarz-roth-gold, morgen roth schillerten, sie hat ein Ende genommen und einer gesunden Gährung Platz gemacht; die Kämpfer welche sich südlich vom Main gegenüberstehen, streiten nicht mehr um Theorien und Systeme, sondern um Gegensätze höchst realer Natur, um Dinge, die Fleisch und Bein haben und die jedes Kind mit Händen greifen kann. Im Norden hat sich der gleiche Prozeß noch rascher und noch energischer vollzogen. Weder die alten Parteigegensätze, noch die Verstimmungen, welche hie und da das Verhältniß des Bundeskanzlers zu den einzelnen Fractionen trübten, haben hindern können, daß Liberale und Conservative in einer unabsehbaren Schlachtreihe hinter dem

Träger der nationalen Idee stehen. Die Ueberzeugung, wie es vor allem und um jeden Preis darauf ankomme, daß 1866 begonnene Werk durchzuführen, ist so stark und so zwingend gewesen, daß die noch im Herbst jenes Jahres vielerwogene Frage nach der persönlichen Stellung der Volksführer zur preussischen Regierung eigentlich gar nicht mehr in Betracht kommt. Mag man sich im einzelnen noch so scharf und erbittert entgegengetreten, man weiß, daß man in der Stunde der Entscheidung auf einander rechnen kann, daß nur über die Mittel, nicht über den Zweck Meinungsverschiedenheit obwaltet, und die nationale Partei hat ein ebenso lebhaftes Bewußtsein davon, wie die Regierung, daß das preussische Königthum und die Nation mit „Blut und Eisen“ aneinander geschmiedet sind. Die Unzufriedenheit in den neuen Provinzen ist viel zu wenig politischer Natur, um diese Gesundheit des preussischen Staatswesens anzfressen und auf die Dauer schädigen zu können. Die Fortschrittspartei, deren Einfluß noch vor Jahresfrist viel gefürchtet war, hat aufgehört eine Gefahr zu sein, seit sie keine selbständige Macht mehr bildet. Die besten und einflußreichsten ihrer Glieder spielen die Rolle schmollender Freunde, die, was sie schelten, doch nicht bessern können, der Rest ist in das radicale Chaos zurück gesunken und sucht wechselsweise bei der kosmopolitischen Revolution und bei der kleinstaatlichen Reaction Dienste. Der norddeutsche Particularismus zählt trotz des Einflusses, den er in der Presse und an den Höfen ausübt, nur 21 parlamentarische Vertreter; die Massen, welche sonst seine Gefolgschaft bildeten, haben sich mehr und mehr in die neugeschaffenen Verhältnisse gefunden und beginnen schon gegenwärtig einzusehen, daß auf eine gewaltsame Aenderung nicht zu rechnen ist und daß ihre Interessen bei einer solchen schlechter fahren würden als bei der Aufrechterhaltung des Status-quo. Trotz aller Anstrengungen, welche die vertriebenen Fürsten aufgewandt haben, nimmt die Zahl derer, welche ihnen Opfer zu bringen bereit sind, täglich ab; zu gelbweißen Kokarden, verstoßenen Drohworten, im günstigsten Fall zu in der Tasche geballten Fäusten hat die legitimistische Agitation es gebracht, sie kennt ihre Pappenheimer aber zu genau, um an den Beutel oder gar an die heile Haut derselben zu appelliren. In Norddeutschland steht es thatsächlich so, daß es nur eine Partei gibt, welche einen deutlich ausgesprochenen Willen und die Entschlossenheit hat, für diesen Gut und Blut einzusetzen; die übrigen Fractionen sind entweder zu schwach, um in Betracht zu kommen, oder sie haben den Muth ihrer Meinung nur, so lange es nicht zum Handeln kommt.

Sehen wir uns weiter im Kreise der deutschen Regierungen um, so finden wir, daß keine derselben Fähigkeit, Einfluß und Muth genug besitzt, um an die Spitze einer Bewegung gegen den neuen Bund treten oder je eine selbständige Lösung der deutschen Frage versuchen zu können. Das königliche

Preußen überragt als wirklicher Bronzefelsen alles, was von Monarchie in Deutschland übrig geblieben ist. Trotz der gewaltigen und zum Theil erfolgreichen Anstrengungen, welche Oestreich gemacht hat, sich von seinem tiefen Falle zu erheben, wird es selbst in Süddeutschland bei Combinationen für die deutsche Zukunft kaum mehr in Betracht gezogen, ist sein Ausschneiden aus Deutschland von den eigenen Anhängern schneller als man irgend glauben konnte verwunden worden. Die großdeutsche Demokratie, welche noch beim letzten Jahreswechsel von Lobpreisungen der liberalen Wiener Herrlichkeit überfloß, trägt schon seit längerer Zeit eine lebhafteste Verstimmung gegen die Begründer derselben zur Schau und kann es den Giskra, Brestl und Auersperg nicht vergessen, daß sie offen und ehrlich mit den Träumen östreichischer Oberhoheit über Deutschland gebrochen und „Erhaltung des Friedens“ auf ihre Fahne geschrieben haben. Während die Großdeutschen früherer Zeit stets mit den liberalen Deutsch-Oestreichern Hand in Hand gingen, werden neuerdings im Kreise derselben Stimmen laut, welche auf einen Umschwung im Sinn des Föderalismus rechnen und von diesem das Werk der „Befreiung Deutschlands“ hoffen, das der östreichische Liberalismus ungethan ließ — ein sicheres Zeichen für die Größe der großdeutschen Hoffnungslosigkeit. Von den verschiedenen Entwürfen, welche von süddeutschen Höfen und Parteien ausgesponnen wurden, hat keiner Oestreich in Rechnung zu ziehen gewagt, zumal seit dieser Staat ausgehört hat, das Vollwerk des Ultramontanismus zu sein. Die stärkste der süddeutschen Monarchien, die bairische, steht dem Gedanken an eine Verständigung mit Preußen näher als je zu Zeiten des Bundestags; Baden hat seine Bereitwilligkeit zum Eintritt wiederholt ausgesprochen, Württemberg, der Hauptsitz der Opposition, nimmt eine rein negative Stellung ein und gibt das Bild einer Plan- und Rathlosigkeit ab, wie sie schlimmer und widerwärtiger kaum gedacht werden kann. Die hessen-dalwigk'sche Regierung ist im eigenen Lande so verhaßt, daß ihre Doppelstellung nur mühsam aufrecht erhalten werden kann — den Großherzog von Baden ausgenommen, kann keiner der außerhalb des neuen Bundes stehenden Fürsten sich rühmen, auch nur in seinem eigenen Staate populär zu sein und irgend das Zeug zur Führung einer gegen den Norden gerichteten Volksbewegung zu haben. Diese Regierungen leben von der Hand in den Mund, entwürdigen sich durch schwacherziges Liebäugeln mit den radicalen Parteien, schrecken vor jedem im Norden gesprochenen kräftigen Wort zusammen und richten ihren Credit langsam aber sicher zu Grunde.

Plan- und Ideenlosigkeit dieser Politik findet ihres Gleichen nur in dem Gebahren jener sogenannten Volkspartei, welche gleichfalls bloß den Mund aufzumachen braucht, um sich ein Armuthszeugniß der schlimmsten Art auszustellen. Das Höchste, wozu specifisch-süddeutsche Volks- und Regierungs-

parteien es bringen, sind verschämte Rheinbunds Ideen. Mögen sie sich den norddeutschen Bund auch eine Zeitlang vom Halse halten, zu einer Organisation, welche demselben die Führung Deutschlands streitig machen könnte, werden die süddeutschen Staaten und Völker es nimmermehr bringen. —

Was die norddeutschen kleinen Höfe anlangt, so läßt sich behaupten, daß die Mehrzahl derselben sich in ihre neue Stellung erträglich rasch hineingefunden hat. Die Bundesgenossen de la veille waren bereits mit gutem Willen in die veränderten Verhältnisse getreten, den Verbündeten du lendemain hat Preußen die Sache zurecht gelegt, daß ihnen nichts übrig blieb, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen — in der Mehrzahl lebt zudem die Erinnerung an die überwundene Todesgefahr zu deutlich fort, als daß sie ihrer schlimmen Neigung freien Lauf zu lassen wagten. Wir sind weit davon entfernt, den Glauben an die gute Besinnung auch nur der meisten Glieder des Bundesraths zu theilen, den die officiöse berliner Presse zur Schau trägt, wir wissen zu genau, daß und wo die Abneigung gegen das 1866 geschaffene Verhältniß in der Stille genährt und gepflegt wird, um darüber im Zweifel zu sein, daß das von dem Bundespräsidium gezeigte großmüthige Vertrauen vielfach übel angebracht ist, — wir sehen aber nirgend auch nur den Keim zur Consolidirung einer Macht, welche eine selbständige Rolle spielen und den Uebelwollenden zum Mittelpunkt und Anhalt dienen könnte. Mag noch so viel raisonnirt und gescholten, laut und leise conspirirt und intriguirte werden, weder diesseit noch jenseit des Main ragt eine feindliche Gewalt, ragt auch nur ein feindlicher Mann über dem bestimmbaren und unselbständigen Haufen so deutlich hervor, daß er an Führerschaft der Gegner Preußens denken könnte. In den Massen thut sich vielmehr ein starkes Gefühl davon kund, daß das Gebahren der Parteien, welche auf eigene Hand Politik treiben wollen, eitel Dunst und Schein ist und daß es in Deutschland nur einen Mann und nur eine Macht gibt, auf den Wollen und Nichtwollen es ankommt. Und diese Macht ist Träger der deutschen Geschicke, weil das Volk in ihr den Repräsentanten einer Nothwendigkeit sieht, die sich wohl hemmen und kreuzen, auf die Dauer aber nicht mehr aufhalten läßt. Freund und Feind müssen eingestehen, daß Preußen der Träger einer wirklichen Politik ist und daß diese — mag sie im übrigen gebilligt oder gescholten werden — die einzige sei, die in Deutschland überhaupt noch getrieben wird.

Nicht „flammende Augen und klopfende Herzen“ sind es, auf welche der deutsche Patriot sich zu berufen hat, wenn er am zweiten Jahrestage der Schlacht von Königgrätz nach den Bürgschaften für die Zukunft seines Vaterlandes gefragt wird, aber er kann auf einen Staat verweisen, der unter einer Welt von Trümmern groß und gefürchtet dasteht und die Hälfte seines

Volkess umfasst: er hat den festen Punkt gefunden, an welchem die Hebel zur Verwirklichung seiner Hoffnungen und Wünsche angelegt werden können.

Das Ziel, das den Patrioten von 1815 in den Wolken zu liegen schien, steht heute auf fester Erde und nur die Blinden können den Weg, der an dasselbe leitet, verfehlen, seit jene Irr- und Nebenwege früherer Zeit verschüttet und zerstört sind, die einzig an den Abgrund der Staatslosigkeit führen konnten. Nur zwischen dieser und der Nachfolge Preußens haben die Deutschen zu wählen, welche noch nicht am Ziel stehen. Wählen sie nicht selbst, so wird für sie gewählt werden müssen.

Norddeutsche Kriegshäfen.

4. Das künftige Depotsystem und sein Schutz.

Durch den Beschluß über die Marineanleihe, welche der norddeutsche Reichstag während der letzten Hälfte seiner Session gefaßt hat, sind die Befürchtungen glücklich beseitigt worden, welche sich in Sachen unseres Marine- und Küstenbefestigungswesens an den Conflict geknüpft hatten, der durch die Annahme des Miquelschen Amendements zum § 17. und die Stellung des Bundesraths zu demselben heraufbeschwoeren worden war. Indem wir unsere Besprechung der seit Jahren für nothwendig erkannten Pläne zur Befestigung unserer Nord- und Ostseeküsten neu aufnehmen, geben wir uns der Hoffnung hin, in einer nicht all' zu fernen Zukunft über die Ausführung dessen berichten zu können, was zur Zeit des Bundestages immer nur Gegenstand patriotischer Wünsche und Hoffnungen gewesen war. —

Nach den Ausführungen des vorigen Artikels hätten wir danach zu streben, daß außer dem Hauptkriegshafen Kiel noch fünf Hauptmarinestationen in der Ostsee angelegt werden, besetzte Stationen, welche zwar keine Vorrichtungen für Neubauten, aber doch einen für die größten Schiffe genügenden Liegehafen mit wenigstens einem Dock sowie Reparaturwerkstätten enthielten, um jede Beschädigung ausbessern zu können, ferner Magazine zur Ergänzung ausgegangener Vorräthe u. s. w. Diese Stationen würden sein: für Schiffe bis zu 20 Fuß Tiefgang: Swinemünde (in Verbindung mit Wolgast und rückwärts Stettin) und für Schiffe jeder Größe: Dönhöft, der jasmunder Bodden auf Rügen (in Verbindung mit Stralsund und Greifswald), das wohlenberger Biek bei Wismar, Höruphaß-Alsenschund (in Verbindung mit der apenrader und der flensburger Förde) sowie allenfalls